

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Preisprophet Nr. 27



Telegr.-Nr.: Zeitung

Erscheint wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1.— M. frei ins Haus, einschließlich der Postgebühren. Einzelhefte 10 Pf. Hauswirtschaft, Frauenwelt, Frühlings Welt, Rund um den Erdball, Unterhaltungsbeilage. — Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 M. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.

Anzeigen werden die sechspaltige 3 am hohe (Petit) Zeile oder deren Raum mit 15 Pf. berechnet; auswärts 20 Pf. Bei Wiederholung entprechender Rabatt. Werben kosten pro Zeile 40 Pf. Bei Verbilligung für Platz, Datenvorrichtung und Beilegung ausgeschlossen. Annahmehonorar für Porten und Auslastung beträgt 15 Pf. Zeitungsbeilagen werden billiger berechnet. Zahlungen an Postkonten Frankfurt am Main Nr. 2771.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr. 103

Donnerstag den 28. August 1930.

23. Jahrgang.

Der Strafrechtstongress in Prag.

Eine Ansprache des tschechischen Justizministers.

Im weiteren Verlauf des internationalen Prager Kongresses für Strafrecht und Gefängniswesen vertrat der tschechische Justizminister auf das Angelegenheiten des Strafrechts nach dem Kriege. Er erklärte den Grund hierfür nicht allein in den politischen und wirtschaftlichen Werten, sondern auch in der Erweiterung und Verfeinerung der Allgemeinen.

Aus der von den Soziologen verlangten Humanisierung des Strafvollzugs einfach ableiten zu wollen, daß einige Straftaten wie z. B. die Todesstrafe, eventuell beseitigt werden sollen, wäre unzulässig. Die beiden sozialen Erscheinungen, die Entstehung und Verfeinerung der modernen Kultur auf der einen und die Erhöhung der Kriminalität auf der anderen Seite können keinesfalls irgend eine allgemeine Abhängigkeit des sozialen Schicksals gegen das Strafrecht herbeiführen. Die Frage der allgemeinen Humanisierung des Strafvollzugs ist eine Frage der allgemeinen Ethik, die auf die Beziehung zur Kriminalität keinen Einfluß aus, sondern der Charakter und die Qualität des Unterrichts oder der Bildung.

Die moderne Wissenschaft zwingt die Gesetzgebung der einzelnen Staaten, sich gegenseitig anzunähern und einander anzunähern. Vielleicht sei die Zeit nicht mehr fern, in der sich die internationalen Beziehungen in Strafsachen nicht mehr auf dem Abbruch von Verträgen über Auslieferung von Verbrechen und Rechtshilfe beschränken werden.

Willkürregiment in Memel.

Das Direktorium eröffnet den Kampf gegen die deutschen Richter und Lehrer.

Das dem Memelland in trassendem Widerspruch zum Memelland ausgesetzene neue litauische Direktorium hat sich dem Landtag des Memellandes vorgestellt und dabei den letzten Zweifel über seine Gewaltpläne beseitigt. Aus der Erklärung des Landespräsidenten geht hervor, daß die litauische Verfassung grundlegend und zum Nachteil der deutschen Bevölkerung verfaßt worden soll.

Es sollen fortan nur Richter im Memelgebiet tätig sein, die in Litauen ausgebildet worden sind. Demnach sollen die deutschen Richter abgeschafft und litauische Richter angeheilt werden, die das im Memelgebiet geltende deutsche Recht nach russischen Gesichtspunkten auslegen. Von sämtlichen Beamten soll verlangt werden, daß sie beide Amtssprachen in Wort und Schrift beherrschen. Also auch hier will man die alten deutschen Beamten beiseitigen und litauische ausstellen. Natürlich soll die Lituanisierungsarbeit vor den Schulen nicht halt machen. Denn hier will das Direktorium bekräftigen, nur litauische Staatsangehörige als Lehrer zu berücksichtigen, mit anderen Worten: es sollen die zahlreichen deutschen Lehrer, die im Memelgebiet noch Dienst tun, beiseitigt werden.

Das Ersuchen des Direktoriums, sofort über die Vertrauensfrage abzustimmen — der Landespräsident suchte nach Handhaben für die Auflösung des Landtags — wurde vom Landtag verworfen. Der Landtag vertagte sich danach auf Donnerstag.

Die geplante Reichsreform.

— Berlin, 28. August.

Kurz vor seiner Auflösung, Ende Juni, ersuchte der Reichstag in einer Entschließung die Reichsregierung um die Vorlage eines Gesetzentwurfs zur Durchführung der Reichsreform. Da die gesetzgebenden Körperschaften sich im Herbst sowie mit bedeutsamen Reformvorlagen zu befassen haben, hat man inzwischen auch die Vorarbeiten für die Reichsreform weiter gefördert, mit dem Ergebnis, daß jetzt den Ministern ein erster Entwurf vorliegt. Inhaltlich stimmt dieser Gesetzentwurf mit den Beschlüssen des Verfassungskonferenzen der Länderkonferenz überein.

Notwendig ist eine Reform, weil die hohen Kosten, die auf Deutschland ruhen, in jeder Hinsicht zu Sparmaßnahmen und Einsparungen zwingen. Wir dürfen nicht nur für vermeintbare Zwecke keine Ausgaben leisten, sondern wir dürfen auch keinen Verwaltungsapparat unterhalten, der viel zu umfangreich, auf jeden Fall aber zu teuer ist. So ist es z. B. sicher ein Nachteil wenn heute an 17 verschiedenen Stellen in den deutschen Ländern Gesetze gemacht werden. Das kostet nicht nur Geld, sondern gefährdet auch die Einheitlichkeit der Gesetzgebung. Daneben besteht die Gebietsausgleichsfrage der einzelnen Länder, wie sie heute in den vorhandenen 170 Ein- und Ausschlüssen zum Ausdruck kommt, eine Veränderung.

Ueber die Erzielung eines Zwanges zur Reform ist man sich denn auch einig, nicht so aber über ihren Inhalt und den Umfang der erforderlichen Veränderung.

Pilsudski bläst zum Kampf.

Schicksalsschicksal gegen die Opposition. — Polens Verfassung „schlechtes Angebotsstück“.

— Warschau, 28. August.

Polens neuer Ministerpräsident, Marschall Pilsudski, bezieht sich, den Gegnern der Regierung den Fehdehandschuh hinzuwerfen. Er gewährte dem Vertreter eines Regierungsblattes eine Unterredung und erklärte darin, seine Hauptaufgabe sei die Veränderung der Verfassung. Polens geltende Verfassung, meinte Pilsudski, sei unbestimmt und „ungeordnet“, wie der Geist der polnischen Abgeordneten.

Damit war Pilsudski in dem gewohnten Fahrwasser. Und da ihm die obige Charakterisierung noch nicht genügte, ergänzte er sie durch die Behauptung, die Verfassung des polnischen Staates sei „ein Art schlechtes Angebotsstück“, in das neben angelegentlichem Schmutz verfaulter Speck und ungewaschenes Saucenbrot beigegeben worden sei. Was aber die Abgeordneten angehe, wollten die polnischen Abgeordneten Universalien spielen, die alles verstehen, und doch seien sie nur eine „niederdrückende Erscheinung“. Die ganze Arbeit im Sejm (Landtag), „finke, so daß die Luft angeht“.

Die Herren Abgeordneten hätten schon allen Anstand verloren, so, als ob sie sagen wollten, daß von einem Sejmabgeordneten, wenn er auch ein Gauner und Schurke sei, sich jeder Mann am Wahlfußstiefel verneigen müsse. Eine derartige Situation könne nicht geduldet werden, weil der Staat sonst der Anarchie und dem Chaos verfallen. Dieser schmählichen Arbeit und Nichtsnutzigkeit müsse einmal ein Ende gemacht werden. Denn diese „Hosenbo-

gen. Die Vorschläge des Verfassungsausschusses der Länderkonferenz, die jetzt den weiteren Arbeiten der Reichsregierung zugrunde liegen, lassen sich etwa dahin zusammenfassen: Erweiterung des Gesetzgebungsrechtes des Reiches bei gleichzeitiger Ausdehnung der Verwaltungstätigkeit der Länder.

Nach diesen Vorschlägen soll durch einen in die Verfassung neu einzuführenden Artikel 12a bestimmt werden, daß die Vorschriften über die bisherige Zuständigkeitsverteilung zwischen Reich und Ländern nicht gelten für „Länder vereinfachter Verwaltung“. Diese Länder — gedacht ist dabei an die bisherigen preussischen Provinzen, sowie an Thüringen, Hessen, Hamburg, Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg, Braunschweig, Mecklenburg-Vorpommern, Lübeck, Mecklenburg-Strelitz und Schaumburg-Lippe — sollen ein Gesetzgebungsrecht in Zukunft nur insoweit haben, als es ihnen vom Reich übertragen wird.

Um ferner den Dualismus zwischen Reich und Ländern zu beseitigen, soll die Reichsregierung nach diesen Vorschlägen zugleich die preussischen Ministerien übernehmen. In den übrigen Ländern mit vereinfachter Verwaltung sollen sich die Landesminister in Landesdirektoren verwandeln. Das Recht der Gesetzgebung soll, wie bereits ausgedrückt, auf den Reichstag übergehen, mit der Einschränkung, daß für eine bestimmte Übergangszeit der Landtag bestehen bleiben soll. In den übrigen Ländern, also in Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden soll es im wesentlichen bei der bisherigen Regelung verbleiben, doch soll hier die Verwaltung dadurch stabilisiert werden, daß die Landesregierungen nicht bei jedem Anlaß durch ein Ministerienvotum hinweggesetzt werden können. Die einmalige Vertrauensstimmung des Landtags für die Regierung soll für die ganze Dauer der neuen Verfassung gelten.

Das wären etwa die Grundzüge der geplanten Reform. Inwiefern sich das Kabinett diese Vorschläge zu eigen machen wird, steht noch dahin, erst recht aber kann über die Aussichten des Reformentwurfs im neuen Reichstag nichts gesagt werden, weil heute sogar die Umrisse dieses neuen Parlamentes völlig ungewiß sind. Es genügt deshalb, wenn man den Ausgangspunkt der Reformen darlegt und gegebenenfalls etwaige neue Änderungsvorschläge und Gegenentwürfe verzeichnet. Das aber ist schließlich auch deshalb notwendig, als das Problem der Reichsreform, also die Frage, wie das deutsche Haus endgültig geordnet werden soll, möglicherweise auch einmal den Gegenstand eines Volksentscheides bilden wird.

Zu beachten ist aber bei allen Reformplänen, daß die Frage der Reichsreform für die Parteipolitik denkbar ungeeignet ist. Worauf es hier ankommt, ist: eine Lösung zu finden, der die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes zustimmt. Mehrheitsbeschlüsse genügen nicht, weil hier die Stimmen — und auch die der Länder — nicht gezählt, sondern gewogen werden müssen. Beachtet man das nicht, dann besteht die Gefahr, daß die Diskussion über die Reichsreform, eröffnet mit der Absicht, das Gefüge des deutschen Staates zu festigen, mit der Auflösung einer Reichsverdrängung enden wird.

Pilsudski bläst zum Kampf.

„immer“ arbeiteten nicht, aber dafür nähmen sie die Neuerdings sei so ein Oppositionszentrum entstanden. Man könne man ja Schurken vernehmen, denn „es seien ja viele im Sejm“, aber solle davon der Staat abhängen. Die polnischen Abgeordneten verlangten Geld, Geld immer wieder Geld. Die Regierung solle womöglich Steuererlöse stellen, um sie den Abgeordneten zu geben. Über das werde er verhindern; er werde den Angriff der Abgeordneten auf das Staatsgeld, das sie für ihre „Bar-Kassette“ ausgeben wollten, abwehren.

Zur Landtagsauflösung entschlossen.

Marschall Pilsudski hat damit ein häßliches Bild seines Landes gezeichnet und mit aller Schärfe den Angriff auf die Verfassung eröffnet. Die Opposition will ihm am 14. September die Antwort tun, zugleich aber will sie für die Unantastbarkeit der polnischen Grenzen demonstrieren. Das ist reichlich richtig; angeht aber die tatsächlichen Gefahren der innerpolitischen Situation sollte sich die polnische Opposition nicht auch noch einen Kampf gegen Windmühlensfelsen. Auch aus den ukrainischen Gebieten Polens liegen Alarmmeldungen in Hülle und Fülle vor. Litauische „Militärorganisationen“ sollen polnischen Meilen den roten Hahn auf das Dach gesetzt und Unschliffe auf die Eisenbahnhänge verübt haben. Die Abhilfe wartet die Regierungsbefehle von der Veränderung der Verfassung, aber vielleicht liegt es hier nur an der polnischen Widerstandspolitik, um Verdrängung zu schaffen!

Im übrigen kann man aus der Rede entnehmen, daß die Auflösung des Landtags Sache ist.

Perus Präsident ausgeliefert.

Nach mißglückter Flucht. — Gerüchte über seinen Tod.

— New York, 28. August.

Der durch die Militärrevolution in Peru abgesetzte Staatspräsident Leguia hat seine Flucht aus dem Ausland nicht durchführen können. Der Kron-„Admiral Grau“, auf den sich der Expräsident stützte, hatte, ist von der Regierung aufgefordert worden, unverzüglich zurückzukehren, widrigenfalls Kreuzer verlegt, die Offiziere aber vor ein Kriegsgericht gestellt würden. Der Kommandant des Schiffes ist darauf nach Lima zurückgekehrt. Der Staatspräsident ist der Militärregierung ausgeliefert worden.

Unbefähigten Gerichten zufolge soll der Expräsident noch an Bord des Kreuzers gestorben sein, und zwar an einer Harnfahrgiftung.

In der Hauptstadt Lima ist die Erregung in der abgebeht. Die Banken und Geschäfte, die nach dem Umsturz sofort geschlossen hatten, werden langsam wieder geöffnet. Der Verkehr fließte sich in der üblichen Weise ab, nur sind die Straßen belebter als gewöhnlich. Die politischen Gefangenen wurden aus den Gefängnissen der San-Lorenzo-Insel befreit und in Callao gebracht. Gerüchte über einen kommunistischen Aufstand werden dementiert.

Imbrenflugszeug stürzt ab.

— Eine beim Abflug eines französischen Militärflugzeuges.

Die französische Militärfliegerei ist wieder einmal schweren Unglück betroffen worden, das je Menschen das Leben kostete.

Bei einer Nachtlandung des 22. Fliegerregimentes die in der Gegend von Chartres abgehalten wurde stürzte ein Bombenflugzeug über dem Dorf Chavani drei Kilometer von Chartres entfernt ab und auf die Straße der Dörfer. Die sechs Insassen, 3 Deutsche und vier Unteroffiziere, wurden an Stelle getötet.

Ausgebliebene Manövereinladungen.

„Echo de Paris“ regt sich auf, weil Deutschland Frankreich und Polen nicht eingeladen hat.

Die Pariser Zeitung „Echo de Paris“, die die französischen Generalität nahe steht, regt sich darüber auf, daß zu den Herbstmanövern der deutschen Reichsarmee alle Militärattachés in Berlin eingeladen hätten haben, mit Ausnahme des französischen, belgischen und des polnischen Attachés. Die Kaiserin des England zu den Manövern eingeladen wurde sei wiederum als ein Zeichen der besonderen Sympathie aufzufassen, die Reichspräsident von Hindenburg den Britischen Reichs entgegenbringe.

Wie dazu von deutscher Seite bemerkt wird, die Franzosen, Polen und Belgier deshalb nicht eingeladen worden, weil bisher von diesen Ländern keine deutsche Offiziere keine Einladungen zu Manövern erhalten haben.

Spangenberg, den 28 August 1930

Ja wohl, ist sind sie zu Ende, diese Hundstage! Kommt eigentlich das geht so ein paar Wochen mitten im höchsten Hochsommer aber die Welt dahin und jeder denkt nicht anders, als: Donnermetter, wird das jetzt eine Hitze werden! Wie wird die Sonne herwetterbrennen, wie werden die Bäder überfüllt sein von erkrankungsgefährdeten Menschen, was werden die Sommerfester für wunderbare Tage haben, welches Leben und Treiben, Wähen und Werben wird auf den Feldern anheben, um die Ernte hereinzubringen! Aber Phantasie und Willkür! wie weit sind sie getäuselt! Daß sich einer in all den Hundstagen von der Hitze geplagt gefühlt! Ist einer durch die Leppigkeit und den verschwenderischen Glanz des Sommers übermüdet geworden? Ach nein, das hat ja alles so armfellig, so freudlos, so sonnenarm, so wellenvergangen und frohlich, so ewig veränderlich und unsicher, daß es sich mit die schönste Zeit des ganzen Sommers weggeschoben hat.

Und ist dinstagsende. Es geht aus, wie es
angehen hat: trißelig und verstimmt, unharmo-
nisch und regenbeschwert. Jetzt soll der verhäthete Nach-
sommer kommen mit seiner goldenen Sonne, seinen
saften Farben, seiner eigentümlichen Milde der Dia-
stimmung. Die großen Lebenshaften und Gefühle
sommersollen Lebens sollen verguldet sein und die
sommersollen folgen.

Glaube, wer kann, daran . . .

Δ Öffentliche Stadtverordnenfischung. In der gestrigen Stadtverordnenfischung waren alle Stadtbürger, denen erschienen. Der Punkt 1 behandelte die Viehversteuer. Diefelbe wurde nach dem diesbezüglichen Magistratsbeschluss von Nr. 1. — auf Mt. 2.20 je Hektoliter erhöht. Die dadurch entstehende Mehreinnahme soll zu Gunsten der Wohlfahrts-Einrichtungen Verwendung finden. Für die Verpachtung der Sandgruben war der Stadtverordnetenversammlung ein Vertrag vorgelegt, der nach längerer Aussprache einstimmig anerkannt wurde. Die Feld- und Waldkommission soll auf Antrag Appell jedes Jahr zweimal den Zustand der Sandgrubenwege prüfen. Die Sandgruben sind an Herrn Heinrich Wilhelm mit einem jährlichen Pachtzins von Mt. 560. — verpachtet. Das Gartengrundstück in der Vahnhofstraße ist für Mt. 2300 an den Gärtner Erhard Wüfel verleast. Dem Verleuf wird mit 11 gegen 2 Stimmen zugestimmt. Als Stadtverordnetenvorsteher wurden die Stadtv. A. Siebert und M. Reich vorgeschlagen. Stadtv. Reich verzichtete auf den Vorberposten. Bei der dann stattfindenden geheimen Wahl einfielen auf A. Siebert 8 Stimmen, auf Reich 1 Stimme bei 4 Enthaltungen. Somit ist A. Siebert zum Stadtverordnetenvorsteher gewählt. Die Neuwahl des Vorberstellvertreter wurde mit 10 gegen 3 Stimmen als Dinghültig anerkannt. Hierfür werden die Stadtv. Appell und Kerke vorgeschlagen. Stadtv. Appell verzichtete. Die Wahl brachte 7 Stimmen für Kerke, 2 Stimmen für Appell und 4 Enthaltungen. Stadtv. Kerke ist also zum Veld-, Stadtv.-Vorst. gewählt. Punkt 5 Mitteilungen des Bürgermeisters. Bürgermeister Stein gibt ausführliche Auskunft über die Jagdverpachtung und teilt gleichzeitig mit, daß er die Jagd in 3 Teilen verpachtet habe. Der Pachtbetrag für den Dörsbach beträgt Mt. 1300 — für den Bromberg und die Dörbe Mt. 700 —, für den Malsberg Mt. 500. — einschl. Wildschaden. Weiter gibt Bürgermeister Stein bekannt, daß das Geflügel zwischen der Bahn und Feing Garten an die Fa. Otto Jenner für einen jährlichen Pacht von Mt. 5 — verpachtet ist. Die öffentliche Auktionshaft darf jedoch nicht behindert werden. Aus zweien Gründen soll der Straßengraben an der Jahnstraße vom Schwuggelbis bis zur Vahnhofstraße aufgeführt werden. Der Revis ist gebeten worden, die nötigen Röhre zur Verfügung zu stellen. Die Bade-einrichtung hat bis jetzt ca. 700 Mt. Einnahmen gebracht und an Ausgaben ca. 490 Mt. erfordert. Die Angelegenheit wegen der Wasserentnahme für das Liebenbachbad aus den Mühlengraben wird anfangs September von der Regierung in Rassel entschieden. Die Erweiterung der Wasserversorgung bis zum neuen Kornhaus wird ohne die Erarbeiten, welche durch die Gewerkschaften vorgenommen werden, eine Ausgabe von ca. 360 Mt. erfordern. Der Rain unterhalb der Gärtnerei an der Höhle ist zu Mt. 23 — verpachtet. Die Zahl der Gewerkschaften beträgt zur Zeit 120. Auf den Verleuf des Bürgermeisters betr. Verteilung des Wildschadens gibt Stadtv. Appell seine Meinung bekannt. Er ist auch wie der Bürgermeister der Ansicht, daß man sich über diesen Punkt nochmals unterhalten muß. Auf Anfrage Appell teilt Bürgermeister Stein mit, daß die Feld- und Waldkommission eine Beschäftigung der Obstbäume begonnen hat und diese in den nächsten Tagen beenden wird. Die Einnahmen aus dem Obstbau werden verschwindend gering sein. Außerdem müssen ca. 100 Bäume entfernt bzw. neu gepflanzt werden. Die endgültige Feststellung der Beträge für die abgegebenen Grundstücke für die neue Straße wird in ca. 14 Tagen erfolgt sein. Die Anfrage des Stadtv. Jenner betr. äußere Instandsetzung der Pfarrei I beantwortet der Bürgermeister dahingehend, daß bei der Kirche ein Zufuß erbeten werden soll und daß vorläufig nur die zwei Seiten nach dem Brauhausplatz und der Obergasse inandergesetzt werden können. Im weiteren Verlaufe der Anfrage äußerten sich der Stadtv. Mehhorn und der Magistratschaffmeister über die Zustände der Arbeitslosigkeit. Die Aussprache hatte wohl ein Interesse für weite Kreise, weil beide Rechner der Ansicht waren, daß von Seiten der Arbeitgeber wie Arbeitnehmer Mäßigkeit zu verzeichnen seien. Gegen 1/10 Uhr wurde die Versammlung geschlossen.

× **Burgstischschule.** Herr Mittelschullehrer Jordan, der früher an der hiesigen Burgstischschule tätig war, hat eine Stelle erhalten, an der öffentlichen Mittelschule in Herzberg am Harz.

Weidelbach. Der Gutsbesitzer und Bürgermeister Heinrich Stracke von hier hatte das große Glück, einen kapitalen 12 Ender Hirsch am Sonntag-Abend zu erlegen, welcher das seltene Gewicht von 398 Pfd. aufwies.

Wüste Kummel-Bären. Auf einem Kummel-Berg in Berlin-Schöneberg befinden sich in einer Tierschau zwei Bären, die ihr Kämpfspiel mit Menschen durchführt sind. Erst vor wenigen Tagen ist einem Bären Plüsch aus dem Anbiss, der sich mit einem Bären im Kämpfspiel messen wollte, ein Bein gebrochen worden. Jetzt hat es einen neuen Unfall gegeben. Dem Besitzer der Tierschau wurde bei dem Kämpfspiel von einem der Bären, der die Sache zu ernst nahm, der Arm zerfleischt. Man mußte den Schwerverletzten zur Rettungstelle dringen.

Eisenbahnunglück bei Elbing. Ein Eisenbahnunglück, das zwei Menschenleben forderte, ereignete sich am vergangenen Sonntag bei Elbing. Eine bei dem Gaußfelderberg ohne Schranken in der Nähe des Bahnhofs fahrende Personenzug überfuhr an der genannten Stelle einen Lastkraftwagen, wobei die Zuglokomotive und der Tender entgleisten. Die Insassen des Kraftwagens wurden lebensgefährlich verletzt und mußten ins Krankenhaus übergeführt werden, wo beide inzwischen ihren Verletzungen erliegen sind. Die Untersuchung über die Schuldfrage ist noch nicht abgeschlossen.

Schweres Motorradunglück. Im Leipziger Vorort Groß-Ischdorf fuhr ein mit zwei jungen Leuten und selbst besetztes Motorrad in schnellem Tempo auf einen haltenden Kastrafswagen auf. Der Führer des Motorrades und sein Mitfahrer wurden vom Rade geschleudert und prallten so heftig gegen die eisernen Planken des Unglückers, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Der Kastrafswagen soll kein Schuld nicht gehabt haben.

Vorricht mit Feuerwaffen! In Wülheim fuhr wollte ein Polizeiwachtmeister vom Wülheimer Polizeiamt seinem Kameraden eine Selbstladerpatrone die er von Bekannten geschenkt bekommen hatte, zeigen. Nachdem er den Selbstladestreifen gemäß der Dienstvorschrift in der Ecke seines Zimmers entfernt hatte und die Waffe für entladen hielt, war er im Begriff, seinem Kameraden den Mechanismus zu erklären. Plötzlich entlud sich die Waffe, und der Schuß traf den Kollegen in den Hinterkopf. Wenige Stunden nach der Einflieferung ins Krankenhaus verstarb der Verletzte.

Not auf dem Westerland. Die Lage in der Steinbruchindustrie auf dem Westerland wirkt sich von Woche zu Woche schlechter aus. Nachdem sich wiederum die Steinbruchbetriebe den Antrag auf Betriebsstilllegung gestellt haben, kommt die Nachricht, daß in einem weiteren Steinbruchbetrieb 70 Arbeiter die Kündigung zugeföhrt bekommen haben. Es mangelt vollkommen an Aufträgen zur Lieferung von Pflastersteinen. Das Los der Kipper wird g-raduzu katastrophal. Immerhin besteht noch ein kleiner Hoffnungsschrahl auf Arbeit, doch man baldigst mit Aufträgen der Reichsbahn und der Straßenbauverwaltung auf Grund des Notprogramms der Reichsregierung rechnet.

Vatermord. In Frankfurt a. M. erstach der 24-jährige Max Geiling im Verlaufe von Familienstreitigkeiten seinen Vater mit einem Schlächtermesser. Der Stich drang in die Lunge ein, so daß der Tod infolge innerer Verblutung eintrat. Der Täter hat sich der Polizei selbst gestellt.

In den Bergen zu Tode gestürzt. Nach einer Mittheilung der Rettungsstelle des Deutsch-Oesterreichischen Alpen-Vereins Partentkirchen ist die 26 Jahre alte Lehrerin Elise Holammer aus Düsseldorf, vermuthlich am letzten Sonntag, vom Rämstorkopf tödtlich abgestürzt. Die Leiche wurde von Kindern gefunden und durch Bergführer der Rettungsstelle Partentkirchen geborgen.

Selbstmordversuch mit Glascherben. In Strom gelang es der Polizei, sieben Einbrecher zu verhaften, eine ganze Reihe von Einbruchsdiebstählen der Art haben. Alle sieben waren aus beste geistbeirungen Smoings mit neuem Schnitt und Ladung. Zwei der Verhafteten zerklühten im Gefängnis die Fenstenseiter und schnitten sich mit den Scharben die Pulsadern auf, einer schloste die Glascherben heunter. Sein Gefindnis ist beforzüglerregend, während seine Stunbane gerettet werden konnten.

Im Nebenzimmer erscholl'n. Bei Gnesen besaß
sich der Häßliche Edmund Vandomossi um 3 U
morgens auf dem Wege zur Arbeit und wollte in ei
Gasse schlafend in byrländ Zigaretten tauchen. Ein
auf der Fensterladen, um den Vögel zu wecken. Ein
der im Hause übernachtet, glaubte, ein
wolle ins Haus, ergreifte seinen Liebhaber und scho
Vandomossi. Der Schuß trat in die Brust und ver
legte ihn tödlich. Der Schuß wurde verhaftet
der einen Verurtheilung sei. Man habe
Goresing in der Provinz Venedig, zwei italienis
gen, ein holländ. Mädchen, einen span. Sohn.

* In San Sebastian wurde eine Messe der Industriezweige, die mit dem Meer und der Schifffahrt in Verbindung stehen, vom Infanten Fernando in Anwesenheit zahlreicher Persönlichkeiten, u. a. des deutschen Botschafters, feierlich eröffnet.

Die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien betrug am 18. August 2017 957, d. h. 32 930 weniger als in der vorhergehenden Woche. Es ist der erste Rückgang der Zahl der Arbeitslosen seit dem 7. April.

* In einem alten Getreidespeicher in Minneapo-
ereignete sich eine Explosion, die einen Brand verursach-
te. Zwei Arbeiter kamen in den Flammen um. Der Schaden
betrug 100.000 Dollar geschätzt.

Todesführung aus dem Flugzeug.

Ein eigenartiger Selbstmord.
Auf der Flugbrücke Frankfurt a. M.—Erfurt
am Mittwochsmittag eine in Frankfurt a. M. ge-
heilte Tame, Frau Amtinger, in selbstmörderischer
Absicht in einer Höhe von 1000 Metern aus dem Flug-
zeug gesprungen. Ein verheerender Abstieg kom-
mte in Frage, da die Tür fest verschlossen war und
der Sturz durch das Fenster erfolgt sein mußte.

Die Leiche ist am Ausgange von Altanstädten in
Bisfel aufgefunden worden. In der Maschine fand man
nach der Handlung in Eufurt die Handtasche und die
Pak der Selbstmörderin auf. Auf dem Pak war in
Bleistift aufgeschrieben, daß man die Angehörigen
Frankfurt benachrichtigen möge.

Vorichtsmaßregeln des Wohlfabrte-
ministeriums.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mittelst hat auf Grund der Nachrichten über das gedauerte Auftreten der epidemischen Kinderlähmung im Elsass in den benachbarten Gebieten das Ministerium für Volkswohlfahrt die nachgeordneten Behörden aufgefordert die Kindertransporten aus den ehemals besetzten Gebieten besondere Aufmerksamkeit zu schenken und bei häufigem Auftreten der Krankheit umgehend zu berichten.

Bis jetzt liegen Nachrichten über epidemisches Auftreten der Krankheit in Preußen nicht vor. Die im Jahre 1930 gemeldeten Fälle hatten sich durchaus im Rahmen der in den letzten Jahren beobachteten Zahlen

Zwei Todesterben einer Mutter. Geburt, Bildung.

Nach einem auf dem Obeller Flugplatz bei Pro-
tingerrossen Telegramm soll ein an dem Mundstüb-
über die Staaten der Kleinen Entente und Polen tel-
nehmendes polnisches Flugzeug auf der Strecke Was-
schau-Prag notgelandet sein, wobei der Hauptmann
Pamula und Leutnant Nazowicz tödlich verunglück-
ten. Es sind noch zwei Notlandungen gemeldet worden, be-
den jedoch niemand zu Schaden kam.

4. Zuchthausstrafe für einen Mord. Vor dem P
fener Landgericht hatten sich die aus Angerepols
stammenden Arbeiter Skowronski und Ghejzinski
wegen Mordes zu verantworten. Beide hatten im Kre
Samlar den 84jährigen Nissiger Kofot überfallen un
ermordet. Während S. gesündigt war, leugnete G.
Gh. mußte wegen Mangels an Beweisen freigespro
werden, während S. sieben Jahre Zuchthaus erhielt.

Carl Fürstenberg 80 Jahre.

— Berlin, 28. August. Am heutigen Donnerstag feiert Carl Fürstenberg, einer der markantesten Erscheinungen der deutschen Bantwelt, seinen 80. Geburtstag. Das Lebenswerk Carl Fürstenbergs ist der Aufbau der Berliner Handelsgesellschaft, in deren Aufsichtsrat er noch heute den Vorsitz führt. Bekannt ist Fürstenberg ferner wegen seines goldenen Humors; die Bader Anekdoten von ihm ist Legion.

— **Julio**, 28. August. In einer Höhle am Valschenberg bei Fuld wurden der fünfzehnjährige Giovanni Gasti und die vierzehnjährige Schülerin Bräutigam, Fuld, mit schweren Schußverletzungen am Kopf aufgefunden. Sie wurden sofort in das Fuld'sche Landestrafenhaus übergeführt. Hier ist der Junge nach seiner Entleerung gestorben, das Mädchen liegt in bedenklichem Zustande darnieber. Es handelt sich nach dem Befund gemeinsamer Selbstmord bezw. Selbstmordtödtung vor.

— am im Bogland, 28. August. Von der hiesigen Kriminalpolizei wurden der Ingenieur Er Schmidt und seine Frau, die hier in Untermitte wohnen, festgenommen, als sie von einer Badereie auf dem Rückwege nach Hause kamen. Das Ehepaar hatte im dortigen Spielhaus durch Verwendung falscher Marken 1800 Dänischer Gulden erwidmet. Es gelang, die Personalien der beiden Betrüger festzustellen, so daß in Flauen von der Polizei sofort in Empfang genommen werden konnten.

— *Engelskirchen* (Rheinproving), 28. August. In Bergischen Waadt zufolge nahm sich in Vollmerhausen eine junge Hausangestellte aus Liebesthümmer durch Ertränken das Leben. Am Rande des Teiches, aus dem man die Leiche barg, fand man tagsdarauf einen Haufen des Bräutigams des Mädchens, in welchem er mittheilte, daß er seiner Braut in den Tod gefolgt sei. Tatsächlich wurde beim Ablassen des Wassers die Leiche des jungen Mannes aufgefunden.

— **Basel**, 28. August. Anfang August wurde Basel ein Darlehensgeschäft unter der Firma R. B. Basel, Finanzierungs, eröffnet. Lieberall in Deutschland suchte der Inhaber des Geschäfts Vertreter, die Darlehensgeschäften die Zentrale in Basel vermitteln sollten. Der Inhaber des Geschäfts hatte es aber i. d. Gebühren abgesehen, die einem jeden Darlehensgenosse beigelegt werden mußten und die 1,50 M. trugen. Er wurde jetzt in Basel verhaftet. Es handelt sich um einen gewissen Kottler, einen mehr vorbestraften 43jährigen Berliner, der gegenwärtig in Berlin wegen Betruges unter Anklage ist. Es ist anzunehmen, daß dem Auslieferungsgesuch Deutschlands Folge geleistet wird.

aus, 28. August. Außer dem schweren 75-
gungunfall bei dem nächsten Luftmanöver
22. Flieger-Regiments in Chartres haben zwei
andere Apparate des gleichen Regiments schwere Un-
erlitten. Aus Dijon wird gemeldet, daß sieben Sa-
meter westlich dieser Stadt bei der Erstdacht Corcel-
les-Monts ein großer doppelmotoriger Apparat
6. Staffel brennend abgestürzt sei. Aus den Trümmern
konnten vier Interoffiziere nur als Leichen gebor-
den, während sich zwei weitere Interoffiziere durch
Fallschirmabprgung retten konnten und nur leicht ver-
letzt wurden. Ferner stieß beim Start ein von ein-
Offizier gesteuerter Apparat gegen eine Flugzeug-
und wurde schwer beschädigt. Der Flugzeugführer
wurde leicht verletzt.

nle hat sie uns enttäuscht! Wir hatten immer weiche Zähne und einen
nehmen Geschmack im Munde, umsonst da wir schon längere Zeit
Chlorodont-Mundwasser benutzten. Auch benutzt die ganze Familie
Chlorodont-Zahnpulver!" gez. C. Gudobos, Frankfurt M. — Chloro-
Zahnpaste, Mundwasser, Zahnpulver Einzelpreis je 1 Mk. In
Chlorodont-Verkaufsstellen erhältlich.

Spangenberg Lichtspiele

Sonntag, den 31. August, abends 8.15 Uhr
Auf vielseitigen Wunsch
noch ein Tom-Mix-Film



Tom-Mix als Der Schrecken der Posträuber

Eine gefährliche Räuberbande: Der Kampf auf
der Form: Eine Fahrt auf Leben und Tod:
Ein schönes Mädchen und Tom-Mix
5 spannende Akte

Das Stinktier als Lebensretter
Das Kinderparadies
Luftspiele in je 2 Akten.

Jugendliche haben Zutritt.
Sonntag nachmittags 4 Uhr:
KINDERVORSTELLUNG

Der Wahkampf wird von der Sozial-
demokratischen Partei eröffnet

Oeffentliche

Wählerversammlung

am Freitag, den 29. 8. abends 8 Uhr
im Lokal Stöhr am Markt

Thema:

Gegen Hakenkreuz und Bürgerblock
für Gleichberechtigung und Wohlstand
aller Schaffenden.

Referent: Reichstagsabg. Meß, Frankfurt
freie Aussprache. Freie Aussprache.

Sozialdemokratische Partei

Ortsgruppe Spangenberg.

Empfehle diese Woche:

**Prima Rindfleisch, Kalb- und
Schweinefleisch, rohen und ge-
kochten Schinken, alte Cerve-
latwurst, alten mageren Speck
ohne Rippen, la. Wurstfest
à Pfund 60 Pfennig.**

Aug. Meurer, Metzgermeister.

Deutschn. Handlungsgeh. Verband

Freitag Abend 8.30 Uhr

rsammlung im Grünen Baum
Der Vorstand.

rschönerungsverein Spangenberg.

Wanderung

Sonntag, den 31. 8. 1930

Alheimer-Rotenburg

Abmarsch 9 Uhr Hotel Heinz

kunft mit dem Zuge 18.00 Uhr. Um Beteiligung bittet
Der Vorstand.



Freitag, 29. 8., abds. 8 1/2 Uhr im Saale
der Gastwirtschaft Cinning in Elberodorf
Sonntag, 30. 8., abds. 8 Uhr im Saale
des „Grünen Baum“ in Spangenberg

öffentliche Wählerversammlung

über:

Alle am Ende — Hitler am Anfang

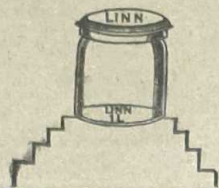
Nebner: Pg. Vergemann.

Freie Aussprache!

Eintritt frei!

Kämpft mit uns gegen Betrug u. Verrat!

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
(Ortsgruppe Spangenberg)



Linn Konservengläser

Höchstleistung

von Technik und Wissenschaft

zu haben bei:

Karl Bender

An unsere Mitglieder!

Der Reichspräsident hat durch eine Verordnung
auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung am 28.
Juli 1930 tief einschneidende Änderungen der Krankenver-
sicherung vorbehaltlich einer gesetzlichen Regelung verfügt.
Diese Änderungen gelten bereits ab 28. Juli 1930. Sie
müssen von jedem Kassenvorstand durchgeführt werden,
ohne Rücksicht darauf, welche Bestimmungen die je-
weilige Kassenfassung enthält.

Für unsere Mitglieder bringt die Verordnung im
wesentlichen folgende Änderungen:

1. Für die Inanspruchnahme der Ärzte, Zahnärzte
und Dentisten hat jeder Versicherte einen Krankenschein
zu lösen. Hierfür ist eine Gebühr von 50 Pfg. zu ent-
richten. Dies gilt auch bei Erkrankungen der Familien-
angehörigen. Die Krankenscheine werden von der Ge-
schäftsstelle in Melfungen ausgegeben. In besonders
dringenden Fällen kann der Arzt, wie auch bisher schon,
vorläufig in Anspruch genommen werden, ohne daß ein
Krankenschein vorgelegt wird. Der Versicherte ist jedoch
verpflichtet, den Krankenschein nachzuliefern.

2. Bei der Abnahme von Arznei-, Heil- und Stär-
kungsmitteln muß der Versicherte von den Kosten jeder
Verordnung 50 Pfg. an die abgebende Stelle (Apotheker,
Drogerie, Optiker usw.) zahlen. Betragen die Kosten der
Arznei usw. weniger als 50 Pfg., so braucht nur der
geringere Betrag gezahlt zu werden. Dies gilt jedoch
nur für Mittel, die für Mitglieder verordnet werden.
Bei Erkrankungen von Familienangehörigen hat der
Versicherte nur Anspruch auf Erstattung der Hälfte der
Kosten der vom Arzt verordneten Arzneien usw. Grund-
sätzlich muß also der Versicherte bei Krankheiten von
Familienangehörigen die Arzneien und kleineren Heil-
mittel zunächst in voller Höhe selbst bezahlen. Er erhält
dann die Hälfte von der Kasse zurück.

3. Krankengeld wird in allen Fällen nur noch vom
vierten Tage der Arbeitsunfähigkeit an gezahlt. Auch
wenn der Versicherte zunächst nur arbeitsfähig krank
wird und die Arbeitsunfähigkeit später eintritt, müssen
drei Wartetage für das Krankengeld eingehalten werden.
Endet die Arbeitsunfähigkeit an einem Sonntag oder
einem staatlich allgemein anerkannten Feiertag, so wird
für diesen Tag kein Krankengeld gezahlt. Folgen meh-
rere solcher Tage aufeinander, so wird für den letzten Feiertag
Krankengeld nicht gezahlt.

4. Versicherten, die während ihrer Krankheit Lohn
oder Gehalt weiterbezogen, wird der weitergezahlte Be-
trag vom Krankengeld gekürzt. Ist also der weiterge-
zahlte Lohn- oder Gehaltsbetrag höher als das Kranken-
geld, so wird Krankengeld überhaupt nicht gewährt. Ist
der weitergezahlte Betrag nur geringfügig, so gilt er als
Zuschuß, der auf das Krankengeld nicht angerechnet wird.
Wenn der Arbeitgeber, statt Lohn oder Gehalt weiterzu-
zahlen, einen Zuschuß zum Krankengeld gewährt, so wird
dieser Zuschuß gleichgültig, wie hoch er bemessen
ist, auf das Krankengeld nicht angerechnet. Die Ver-
sicherten sind verpflichtet, der Kasse die Weiterzahlung
von Lohn oder Gehalt zu melden. Die Zahlung wird noch
regelmäßig, zum Ausgleich für das wegfallende Kranken-
geld die Beiträge entsprechend ermäßigt oder das Kran-
kengeld auf 60 v. H. des Grundlohns erhöht wird.

Für nur 25 Pfg.

erhalten Sie

108 Rezepte

und in Reichs-Lincksbuch erprobte Winke.
Kluge Hausfrauen bedienen sich dessen und
kaufen auch nur

Reichs- Einkoch-Gläser

Sal. Spangenthal Nflg., Spangenberg
Fernsprecher 10

Matjesheringe

H. MOHR.



Gesangverein

„LIEDERTAFEL“

Montag abd.

Gesangstunde

Kasseler

I. u. II. Tenor 1/2 9

I. u. II. Bass 9 Uhr

Vollständiges Erscheinen

wird erwartet.

Dringende Vereins-

angelegenheit

Der Vorstand.

Gemischter Chor

„Liedertafel“

Donnerstag abnd

1/2 9 Uhr

Gesangstunde

im „Grünen Baum“

Der Vorstand.

ist eine Reklame

„LINN“

das herrliche

aller Konservengläser

Millionen im Gebrauch

Karl Bender.

Wer verkauft

Wohn- oder Geschäftshaus, Villa,

Landwirtschaft, Gasthof, Fabrik od.

sonst. Betriebe, auch Bauverträge

Sofortige Angebote an

P. MELLE, Bremen.

5. Die bisherigen Mehrleistungen an Krankengeld
sind grundsätzlich nicht mehr zulässig. Jeder Versicherte
hat nur noch Anspruch auf 50 v. H. des Grundlohns als
Krankengeld. Zu diesem Grundbetrage können Zuschläge
für Familienangehörige gezahlt werden. Der Kassenaus-
schuß wird bei der Beschlußfassung über den Zahlungs-
nachtrag darüber zu befinden haben, ob die Kasse diese
Mehrleistung einführt.

6. Der Anspruch auf Krankengeld ruht, solange die
Arbeitsunfähigkeit der Kasse nicht gemeldet wird. Das
gilt aber nicht, wenn die Meldung innerhalb einer Woche
nach Beginn der Arbeitsunfähigkeit erfolgt. Wird die
Meldung erst später erstattet, so hat der Versicherte nur
Anspruch auf Krankengeld vom dem Tage ab, an dem
er sich bei der Kasse gemeldet hat.

7. Die Familienangehörigen sind Pflichtleistung der
Kasse geworden. Sie wird auf die Dauer von 13 Wochen
gewährt und zwar für die Ehefrauen und die Kinder
(für Kinder bis zur Schulentlassung, spätestens jedoch bis
zum Ablauf des 15. Lebensjahres).

Die Familienangehörigen erhalten ärztliche und zahn-
ärztliche Behandlung im gleichen Umfang wie die Ver-
sicherten. Von den Kosten für Arznei und kleinere Heil-
mittel wird die Hälfte erstattet.

8. Weiterversicherte oder Weiterversicherungsberech-
tigte, die nicht im Kassengebiet wohnen, müssen in Zu-
kunft ihre Versicherung bei der Allgemeinen Ortskranken-
kasse ihres Wohnortes forsetzen. Die einzelnen Wei-
terversicherten werden von der Kasse hierüber noch näher
unterrichtet.

9. Stirbt ein Mitglied, so kann der überlebende Ehe-
gatte sich weiterversichern in derselben Form, wie es das
Mitglied gekannt hätte, wenn es am Leben geblieben wäre.

10. Diese vorgeschriebenen Maßnahmen sind zwar
auf Grund der Verordnung sofort in Kraft getreten.
Zu ihrer Durchführung bedarf es jedoch einer Reihe ver-
waltungs technischer Vorkehrungen, und werden diese Maß-
nahmen vom 1. September 1930 ab von der unterzeich-
neten Kasse durchgeführt.

Welche finanziellen Auswirkungen die Einschrän-
kungen der Leistungen für die Kasse haben, wird inner-
halb drei Monaten festgestellt. Sollte eine Ermäßigung
der Beiträge auf Grund dieses Ergebnisses möglich sein, so
wird dem Kassenausschuß eine dahingehende Vorschläge der
Sagung im Laufe des Oktobers zur Beschlußfassung vor-
gelegt werden.

Wir wissen, daß die Verordnung den Versicherten
schweres Opfer auferlegt. Wir bitten, davon überzeugt
zu sein, daß es nicht der Wunsch der Kassen ist, die
Versicherten zu schädigen, sondern, daß die Kasse nur
ihre gesetzlichen Verpflichtungen erfüllt. Die Kasse wird
bemüht sein, soweit es in ihrer Macht steht, alle Härten
zu vermeiden. Wir bitten aber auch unsere Versicherten,
der Kasse bei der Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben
keine unnötigen Schwierigkeiten zu machen.

Der Vorstand

der Allgemeinen Ortskrankenkasse

für den Kreis Melfungen

(auschl. Stadt Melfungen)

A. Schenk, Vorsitzender.